



GRÜNE Schweiz
Raphael Noser
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

Raphael.noser@gruene.ch
031 326 66 07

Aussenpolitische Kommission
des Nationalrats

Per Mail:
dv.voelkerrecht@eda.admin.ch

Bern, 19. Dezember 2025

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Frau Kommissionspräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

GRÜNE lehnen Neutralitätsinitiative und den direkten Gegenentwurf ab

Die GRÜNEN lehnen die Neutralitätsinitiative in aller Deutlichkeit ab. Die Initiative ist nicht nur unnötig – der Grundsatz der Schweizer Neutralität ist bereits heute in der Verfassung verankert –, sondern sie schadet auch den aussenpolitischen Interessen und der Sicherheit der Schweiz. Als besonders problematisch erachten die GRÜNEN den eigentlichen Kern der Initiative. Also den Umstand, dass die Initiative der Schweiz verbieten will, Sanktionen zu erlassen oder sich den Sanktionen ihrer Partner anzuschliessen. Und dies sogar bei Fällen schlimmster Völkerrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen, wie sie etwa Russland in der Ukraine begeht. Das kommt nicht nur einer moralischen Bankrotterklärung der Schweiz gleich, sondern schadet auch den aussenpolitischen Interessen und der Sicherheit der Schweiz.

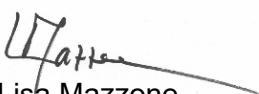
Als (neutraler) Kleinstaat ist die Schweiz existenziell auf eine regelbasierte internationale Ordnung angewiesen. Sanktionen, wie sie etwa die EU aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine ergriffen hat, sind zentrale Instrumente der Staatengemeinschaft, um auf Völkerrechtsverletzungen zu reagieren und um eine friedliche und gerechte internationale Ordnung aufrechtzuerhalten und zu stabilisieren. Der Verzicht auf Sanktionen hingegen öffnet international Tür und Tor für eine aggressive Grossmachtpolitik und schadet damit sowohl der Stabilität der internationalen Ordnung wie auch den schweizerischen Sicherheitsinteressen. Die GRÜNEN erinnern ausserdem daran, dass sich auch die neutralitätsrechtlichen Rechte und Pflichten der Schweiz aus dem Völkerrecht ergeben. Die Achtung und die Durchsetzung des Völkerrechts ist somit auch für die Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität und ihres Nutzens für die Schweiz zentral. Darüber hinaus droht der Schweiz ein enormer Reputationsschaden, wenn sie sich in Zukunft gegenüber Völkerrechtsverletzung 'neutral' verhält und damit faktisch die Position des Aggressors stützt.

Schliesslich erachten die GRÜNEN den von den Initiant*innen vorgeschlagenen Neutralitätsbegriff auch als zu starr. Er würde den aussenpolitischen Handlungsspielraum der Schweiz unnötig einschränken, indem er die Neutralität als Selbstzweck umdeutet – statt diese als aussenpolitisches Instrument zur Erreichung der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz zu verstehen.

Es ist für die GRÜNEN weder notwendig noch zielführend, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die schweizerische Neutralität ist bereits heute auf Stufe Verfassung verankert und der vorgeschlagene Gegenvorschlag würde schlachtweg keinen Mehrwert bieten und auch keine Probleme lösen. Er stellt einzig ein unnötiges Entgegenkommen gegenüber den Initiant*innen dar, deren Initiative kaum eine Mehrheit bei der Stimmbevölkerung finden wird. Darüber hinaus impliziert der Gegenvorschlag, dass es überhaupt einen Handlungsbedarf gibt – was jedoch nicht der Fall ist. **Die GRÜNEN beantragen der Kommission entsprechend, nicht auf den Gegenvorschlag einzutreten und die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone
Präsidentin



Raphael Noser
Leiter Bereich Politik